

Gemeinsam neue Chancen schaffen!

Drei Leitsätze für den Zukunftsentwurf NRW:

1. Damit Nordrhein-Westfalen
die modernste Industrieregion
in Europa wird:
*Ausgrenzung vermeiden –
gemeinsam neue Chancen
schaffen.*
2. Die beste Bildung für alle:
*Fördern statt Auslese.
Erfolgreich starten
und ein Leben lang lernen.*
3. *Städte brauchen
soziale Stabilität.*

I.

Damit Nordrhein-Westfalen die modernste Industrieregion in Europa wird:
Ausgrenzung vermeiden – gemeinsam neue Chancen schaffen!

Unsere Leitsätze:

- Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit. Deshalb halten wir am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Wir bekennen uns zum Grundsatz, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Erwerbsarbeit muss fair bezahlt werden. Der Mindestlohn ist eine notwendige Absicherung.
- Wohlstand für alle bleibt Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Wir bekennen uns zu einer umfassenden Innovationspolitik. Innovationsbereitschaft und -fähigkeit müssen unsere Gesellschaft prägen, wenn wir im globalen Wettbewerb bestehen wollen. Besser statt billiger zu produzieren, dem Sozial- und Umweltdumping mit überlegener Qualität zu begegnen, ist unverzichtbar.
- Rationalisierungsgewinne sind vorrangig beim Energie- und Materialeinsatz zu erwirtschaften. Ein intelligentes Effizienzmanagement kann dazu beitragen, massenhaften Stellenabbau und Ressourcenverschwendung zu verhindern.
- Staat und Wirtschaft tragen gemeinsam Verantwortung für die soziale und ökologische Orientierung des Marktes. Marktradikalismus ist gesellschaftlich nicht zu verantworten.
- Soziale Demokratie darf nicht am Werkstor enden. Umfassende Arbeitnehmerrechte sind eine demokratische Errungenschaft. Dies gilt ausdrücklich auch für die betriebliche Mitbestimmung.
- Wir müssen Weltoffenheit leben, weil wir das bestmögliche Know-how für die Entwicklung unseres Landes brauchen. Nur in einem Klima von Toleranz, sozialem Zusammenhalt und kultureller Neugierde entsteht eine Lebensqualität, die NRW für die kreativsten Köpfe der Welt zu einem attraktiven Standort macht.

1. Nordrhein-Westfalen braucht neuen Pioniergeist

Sozial unverantwortliches Managerverhalten, wie es beispielsweise im Zusammenhang mit Siemens/ BenQ deutlich wurde, darf nicht pauschal alle UnternehmerInnen und Unternehmensverantwortlichen ins moralische Abseits rücken.

Viele selbstständige Unternehmer und weitere Leistungsträger der Wirtschaft engagieren sich auch für die Arbeitsplatzsicherheit ihrer Beschäftigten. Das Engagement zahlloser Handwerksmeister und mittelständischer Unternehmer macht die traditionelle duale Berufsausbildung erst möglich.

Ihnen allen gebührt unsere Anerkennung.

Dies gilt uneingeschränkt auch für die Betriebsräte, die zu oft als Krisenmanager die Versäumnisse der Manager ausbügeln müssen.

Nordrhein-Westfalen braucht mutige Unternehmerinnen und Unternehmer. Um zu Existenzgründungen zu ermutigen, brauchen wir eine konsequente „Politik der zweiten und dritten Chance“. Ein erster Misserfolg darf nicht existenziell belasten und dauerhaft entmutigen. Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit, die zum zweiten und dritten Anlauf ermutigt! Hierzu brauchen wir ein dichtes Netz von Gründungsberatung und -begleitung.

Neue Selbstständigkeit braucht eine solide Basis. Handel und Handwerk sind auf investitionsfähige Städte und auf eine funktionierende Kommunalwirtschaft angewiesen. Das öffentliche Auftragswesen ist vor Ort ein unverzichtbares Nachfragepotenzial.

Nur öffentlich rechtliche Sparkassen und Genossenschaftsbanken garantieren eine gesicherte Kreditversorgung gerade des örtlichen Handwerks.

2. Nordrhein-Westfalen muss Industriestandort bleiben.

Auch in Zukunft müssen wir mehr als eine bloße Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft sein. Nur auf der Basis industrieller Produktion und industrienaher Dienstleistung können wir erfolgreich Wertschöpfungsketten knüpfen und Wachstum und Beschäftigung gewährleisten.

Moderne Industriepolitik orientiert sich an Clustern (Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleistern und verbundenen Institutionen), wie zum Beispiel in NRW Chemie und Energie. Besondere Wachstums- und Beschäftigungsmotoren im Dienstleistungsbereich sind das Gesundheitswesen und die Logistik.

Industrielle Innovationen setzen verlässliche stabile Rahmenbedingungen voraus. Hier ist auch der Staat gefordert. Er muss die Rahmenbedingungen garantieren. Politik ist insbesondere bei der Förderung von Referenzanwendungen industrieller Kompetenz (z.B. in der Kraftwerks- und Energietechnik, der Bergbautechnik, bei der Windkraft, Material- und Ressourceneffizienz u.a.m.) gefordert.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum notwendigen Ausbau der Infrastruktur, für die der Staat grundsätzlich verantwortlich bleibt.

3. Unser Leitbild ist eine integrierte Regionalentwicklung

Unsere Politik verfolgt das Ziel, in regionaler Verantwortungsgemeinschaft Wachstumskerne zu definieren und gezielt zu fördern.

In Regionalagenturen, in denen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen wirken, werden regionale Entwicklungsziele abgestimmt und Prozesse zu ihrem Erreichen verabredet. Diese neue regionale Entwicklungsplanung machen wir zur Grundlage der Wirtschafts- und Strukturförderung des Landes. Industrie- und Handelskammern dürfen nicht allein verantwortlich für die regionale Entwicklung sein.

Für die Strukturförderung gilt der Grundsatz, Stärken zu stärken und über das Fördern vorhandener Kompetenzfelder der jeweiligen Region ein eindeutiges Profil zu geben.

4. Nordrhein-Westfalen muss Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für alle bieten!

In unserem Land darf kein Jugendlicher ohne berufliche Erstausbildung bleiben. Wir wollen durch eine 12-jährige Qualifizierungspflicht verbindlich regeln, dass für alle Jugendlichen das praktische Recht und die konkrete Verpflichtung zur beruflichen Erstausbildung besteht. Sowohl im Interesse des Einzelnen als auch der Gesellschaft muss mit dem Erreichen der Volljährigkeit eine berufliche Erstausbildung oder die Hochschulreife erlangt sein. Die berufliche Erstausbildung erfolgt entweder im klassischen dualen System (Kombination Betrieb/ Berufskolleg) oder in außer- bzw. überbetrieblichen Ausbildungszentren.

Zur beruflichen Orientierung der Schülerinnen und Schüler ist eine systematische Betreuungspartnerschaft zwischen Unternehmen und Schulen auszubauen. Jede weiterführende Schule braucht mindestens einen qualifizierten Ausbildungsberater, der die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufsplanung umfassend informiert und unterstützt.

5. Wir wollen konsequent Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Vor allem Langzeitarbeitslose mit Qualifikationsdefiziten haben auf dem ersten Arbeitsmarkt keine realistische Chance. Um ihnen eine existenzsichernde Beschäftigung zu ermöglichen, brauchen wir als dauerhafte Ergänzung einen öffentlich geförderten dritten Arbeitsmarkt.

Dieser Arbeitsmarkt muss regional von einer Arbeitsgemeinschaft aus Kommune, Sozialverbänden und Wirtschaft verantwortet werden.

6. Nordrhein-Westfalen braucht eine intensivere Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft

Die Universitäten und Hochschulen in den jeweiligen Regionen müssen noch stärker in die Regionalentwicklung einbezogen werden und über ihre Bildungsangebote hinaus auch im Rahmen von Fort- und Weiterbildung Initiator und Begleiter im Strukturwandel sein. Ihre Rolle als „überbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsabteilung“ muss gestärkt werden. Die mittelständische Wirtschaft ist hierauf besonders angewiesen.

Durch neue Kooperationsformen mit der regionalen Wirtschaft müssen die Universitäten und Hochschulen zugleich als Quelle für neue Selbstständige gefördert werden.

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen müssen nicht nur national, sondern international Spitzenpositionen einnehmen: Dem „Export“ von studentischen und akademischen Spitzenkräften muss ein Werben um die besten Köpfe der Welt entgegengesetzt werden.

7. Nordrhein-Westfalen muss Energieland Nummer Eins bleiben!

Die heimische Kohle, erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe und Energiesparen bleiben Basis für eine sichere und saubere Energieversorgung.

Angesichts der langfristigen Entwicklung auf den Energiemärkten brauchen wir den heimischen Steinkohlebergbau als dauerhaften Sockel. Die Kernenergie mit ihren unkalkulierbaren Risiken ist keine Alternative!

Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien bietet die industrielle Nutzung nachwachsender Rohstoffe Chancen für neue Arbeitsplätze und für Umweltschutz. Auf diesen Feldern heimischer Energie liegen zusätzliche Exportchancen im Bereich moderner Umwelt- und Energietechnologie.

II.

Die beste Bildung für alle

Erfolgreich starten und ein Leben lang lernen – Fördern statt Auslesen

Erste Eckpunkte eines bildungspolitischen Zukunftsentwurfs

Ausgehend von ersten Thesen und Leitfragen für das Konzept „Die beste Bildung für alle“ hat die NRWSPD in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Städte und Gemeinden, der freien Träger der Jugendhilfe u.a. geführt, um die Richtigkeit und die Machbarkeit unseres Konzeptes auszuloten. Dabei haben wir viel Zuspruch erfahren und darüber hinaus auch vielfältige Anregungen für unser Konzept erhalten. Das nun vorliegende Papier stellt erste Eckpunkte für einen bildungspolitischen Zukunftsentwurf dar, der in den nächsten Monaten erarbeitet wird. Der Zukunftsentwurf wird umfassender sein. Er wird die zwangsläufigen Lücken dieser Eckpunkte ausfüllen und so wichtige Themen wie "Partizipation", "Integration", "Integrativer Unterricht", „Hochschule“ etc. behandeln.

Wir werden den begonnenen Dialog in NRW innerhalb und außerhalb der SPD fortzusetzen. Ziel ist es einen bildungspolitischen Zukunftsentwurf zu erarbeiten, der auf einem Sonderparteitag der NRWSPD im Herbst 2007 beschlossen und ab 2010 die Grundlage unseres Regierungshandelns bilden wird.

Präambel

Jeder Mensch verfügt von Natur aus über Potenziale und Begabungen, die erkannt und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang.

Bildung und Wissen sind die Basis der sozialen Demokratie. Sie sind elementare Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben und das Fundament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft.

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und findet nicht nur in Schulen statt. Familien und Schulen dürfen mit ihrer Verantwortung für die Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen nicht allein gelassen werden. Die dort geleistete Arbeit muss endlich die ihr zustehende gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.

Bildung ist unerlässlich für die Orientierung und Behauptung in unserer immer komplexer werdenden globalisierten Welt. Das gilt für den einzelnen Menschen, das gilt gleichermaßen für unser Gemeinwesen: Ziel muss es sein, mit vielen hervorragend ausgebildeten und motivierten Menschen eine weltweit exzellente Stellung in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zu erhalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Bildungspolitik heute ist mehr als die Organisation der Wissensvermittlung. Bildungsangebote müssen auf die Entwicklung der Persönlichkeit, auf Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und auf umfassende Beschäftigungsfähigkeit zielen.

Eine demokratische Gesellschaft ist auf sich bildende, mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Barrieren z. B. durch mangelndes Sprachvermögen oder Handicaps von Menschen mit Behinderungen müssen aufgegriffen und ausgeglichen werden.

Chancengleichheit ist die Kernbotschaft der NRWSPD. Die internationalen Studien der letzten Jahre zeigen, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Stellung der Eltern und Bildungserfolg der Kinder besonders eng ist. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Das Ziel der Chancengleichheit ist keine Bildungsnivellierung. Chancengleichheit bedeutet, allen die Möglichkeit zu geben, mit gleichen Chancen dem jeweiligen Potenzial entsprechend Bildung zu erlangen. Dabei gilt das Prinzip des Förderns und Forderns.

Bildung muss ganzheitlich angelegt sein. Die Vermittlung der sprachlichen, mathematisch-naturwissenschaftlichen, motorischen, musisch-künstlerischen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichgewichtig stattfinden.

Bildungsausgaben:

Wir wollen mehr in Bildung investieren.

Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen in die persönliche Entwicklung des einzelnen Menschen und damit ein entscheidender Beitrag zur Chancengleichheit. Gleichzeitig sind diese Zukunftsinvestitionen eine notwendige Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

Deshalb müssen Bund und Länder regelmäßig überprüfen, ob ausreichend investiert wird und ob die Mittel effizient eingesetzt werden.

In Deutschland betragen die öffentlichen Bildungsausgaben 4,4% des Bruttoinlandsprodukts (zum Vergleich der OECD-Durchschnitt: 5,1%).

Wir müssen in Deutschland und in NRW mehr in Bildung investieren, wenn wir im Bildungsbereich den Anschluss an die internationale Spitze erreichen wollen.

Wir bekennen uns zur Priorität von Bildung - der besten Bildung für alle.

Deshalb wollen wir die Bildungsausgaben insgesamt steigern und bei den Kleinsten mehr investieren:

- Bildung für alle - von der Kindertageseinrichtung über schulische und berufliche Bildung bis zur Hochschule - muss grundsätzlich beitragsfrei sein.
- Wir streben langfristig eine Steigerung der Bildungsausgaben mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts an.
- Wir steigern die Bildungsausgaben, indem wir sie nicht an die rückläufigen Schülerzahlen anpassen.
- Wir steigern die Bildungsausgaben, indem wir alle Mehreinnahmen des Landes zur Hälfte für Bildung und zur Hälfte zum Schuldenabbau verwenden.
- Wir wollen die Bildungsfinanzierung vom "Kopf auf die Füße" stellen. Dabei wollen wir bei den Kleinsten deutlich mehr investieren.
- Im Sinn einer "kompensatorischen Bildungspolitik" wollen wir Bildungseinrichtungen mit besonderen Herausforderungen besonders fördern.

Kindertageseinrichtungen:

Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken.

Bildung beginnt mit der Geburt. Wissenschaftliche Studien belegen, dass frühkindliche individuelle Förderung - auch weit vor dem dritten Lebensjahr - ausschlaggebend für den späteren Bildungserfolg ist. Deshalb wollen wir jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft so früh wie möglich fördern.

Jede Phase des frühkindlichen Bildungsprozesses umfasst stets alle drei Säulen der frühkindlichen Förderung – Bildung, Erziehung und Betreuung. Ein Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung stellt an die drei Zielsetzungen der frühkindlichen Förderung weitere Anforderungen.

Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chancengleichheit und individuelle Förderung auf dem Bildungsweg. Die in NRW umgesetzten Bildungsvereinbarungen und der Einstieg in die individuellen Bildungsdokumentationen stellen erste richtige und wichtige Schritte auf diesem Weg dar. Unser Ziel ist es, bereits in der Kindertagesstätte für jedes Kind einen individuellen Bildungsförderplan zu erstellen.

Wir wollen deshalb eine Weiterentwicklung aller Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienhäusern. Dabei halten wir eine sozialräumliche Vernetzung mit den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und Familienbildung sowie der Gesundheitsfürsorge, vor allem der Kinderärzte, mit verbindlicher Zuweisung von Verantwortung für erforderlich. Erst eine ganzheitlich verstandene und konzipierte kinder- und familienpolitische Infrastruktur kann einen wirklich erfolgreichen Gesamtprozess der Förderung, Beratung und Hilfe für Kinder und Familien ermöglichen.

Die Entwicklung eines gemeinsamen, dem Alter entsprechenden Bildungsverständnisses aller Beteiligten (Eltern, Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Jugendhilfe und Schule) sowie die Verständigung über verbindliche Bildungsziele bleiben weiterhin unsere wesentlichen Ziele. Deshalb wollen wir die Kooperation und Vernetzung zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule weiter entwickeln, um „Brüche“ im Übergang zu vermeiden.

Eine Stärkung der Elternarbeit und der Elternbildung halten wir dabei für einen unerlässlichen Bestandteil in der Neuausrichtung der Arbeit in den Einrichtungen. Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern auch eine Neuausrichtung der Ausbildung des pädagogischen Personals, wobei aus unserer Sicht nicht alle Fachkräfte eine Fachhoch- oder Hochschulausbildung haben müssen. Vielmehr ist ein Mix von unterschiedlichen Professionen und Qualifikationen anzustreben, um die differenzierten Erfordernisse der Elementarförderung abdecken zu können. Die vorhandenen Fachschulen sind in diesen Prozess der Neuausrichtung einzubeziehen. Für die heute in den Einrichtungen tätigen, überwiegend weiblichen Fachkräfte (rund 75.000) muss ein qualitätsvolles Fort- und Weiterbildungsangebot geschaffen werden.

Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertageseinrichtung nach der Elternzeit. Damit wollen wir die Eltern in ihrer Erziehungs-, Familien- und Erwerbsarbeit unterstützen und möglichst frühzeitig Förderangebote schaffen.

Unser Ziel ist es, 50% der Plätze in Kindertageseinrichtungen zu Ganztagsangeboten auszubauen.

Wir streben einen beitragsfreien Besuch der Kindertageseinrichtung an und setzen uns dafür ein, dass alle Kinder das letzte Kindergartenjahr besuchen.

Schule mit Zukunft:

Wir wollen das Schulsystem reformieren.

Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration und eine hohe Bildungsbeteiligung sind unsere obersten bildungspolitischen Ziele. Mit dem gegenwärtigen Bildungssystem allerdings lassen sie sich nicht verwirklichen.

Internationale Bildungsstudien bescheinigen dem gegliederten deutschen Schulsystem: Die viel zu frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern sowie die mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Schulformen führen im hohen Maße zu Benachteiligungen. Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist offensichtlich. Kinder und Jugendliche mit gleichen Begabungen, gleichen Fachleistungen und gleicher sozialer Herkunft erhalten je nach Schulform unterschiedliche Entwicklungschancen.

Die Wissensgesellschaft von heute stellt uns vor neue Herausforderungen. Ihnen können wir nicht mehr mit Antworten von gestern begegnen: Das bestehende gegliederte Schulsystem wird den Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft nicht mehr gerecht. Unser Bildungssystem muss qualifizierte Bildung in der Breite mit Bildung in der Spitze verknüpfen. Und es muss in der Lage sein, Menschen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen entsprechend ihrer spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Erfahrungen auszubilden.

Die Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft erfordern ein verändertes Bildungssystem. Die bei PISA erfolgreichen Staaten machen es uns vor. Sie verzichten durchgängig auf die in Deutschland übliche frühe Auslese und setzen auf eine deutlich längere gemeinsame Lernzeit. Das halten auch wir für die richtige Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Wissensgesellschaft.

Außerdem werden bedingt durch die demographische Entwicklung im nächsten Vierteljahrhundert weitaus weniger Kinder in die Schule kommen als in früheren Jahren. Die Städte und Gemeinden müssen auf diese Entwicklung reagieren können, um eine Verödung der Schullandschaft zu verhindern. Verschärfend kommt hinzu, dass eine Schulform unter besonderem Druck steht: Die Hauptschule. Sie ist nicht nur von zurückgehenden Schülerzahlen betroffen, sondern leidet zunehmend unter einer sinkenden Akzeptanz. Insbesondere dort, wo die Hauptschule die einzige weiterführende Schule am Ort ist, ist perspektivisch die schulische Versorgung ernsthaft bedroht.

Die zahlreichen Gespräche, die wir bisher mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Städte und Gemeinden u.a. geführt haben, bestätigen unsere Positionen:

1. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen längere gemeinsame Lernzeiten mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes, um unser Schulsystem zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Das bestehende Schulsystem kann das nicht bieten.
2. Wir setzen auf ein System, das die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen flexibel und individuell gestaltet.
3. Wir wollen ein wohnortnahes Schulangebot sichern und es den Kommunen ermöglichen, flexibel auf die demographische Entwicklung zu reagieren.

Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das "Ob", sondern es muss um das "Wie" einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um anschließend den Weg in die gymnasiale Oberstufe bzw. auf das Berufskolleg oder in die berufliche Qualifizierung zu eröffnen.

Fest steht für uns schon heute: Das 2-Säulen-Modell halten wir für nicht sinnvoll. Die Zusammenfassung der Haupt-, Real- und der Gesamtschule als eine und das Gymnasium als die andere Säule steht nicht für längere gemeinsame Lernzeiten, sondern für die Fortführung der frühen Selektion.

Deshalb setzen wir in der langfristigen Perspektive darauf, die gegenwärtig bestehende Struktur des mehrgliedrigen Schulsystems in der Sekundarstufe I zu überwinden und in ein eigenständiges System mit mehr integrativen Elementen weiter zu entwickeln, das bis zum ersten qualifizierenden Abschluss führt.

Um unser Ziel zu erreichen sind verschiedene Wege denkbar:

Den Anspruch auf längeres gemeinsames Lernen erfüllt heute schon die integrierte Gesamtschule. Andere Staaten haben eindrucksvoll gezeigt, dass Gesamtschulen in der Lage sind, ihre besonderen pädagogischen Potenziale auszuschöpfen.

Eine gleiche Möglichkeit bietet die Gemeinschaftsschule, die von allen Kindern nach der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe I besucht wird. Nach einer gemeinsamen Lernphase bis zum Ende der 6. Klasse wird der Unterricht in der Gemeinschaftsschule unter einem Dach und von einem Kollegium durchgeführt. Dabei kann differenziert werden (in Klassen für Hauptschüler, Realschüler sowie Gymnasiasten) oder es kann ein vollständig integrierter Unterricht angeboten werden. In einer vom Landtag gesetzten Frist wird die Gemeinschaftsschule mit ihren variablen Möglichkeiten flächendeckend und verbindlich eingeführt. Die Entscheidung über die innere Organisationsform in den einzelnen Schulen fällt vor Ort in den Kommunen.

Wir streben für die Reform des Bildungssystems einen gesellschaftlichen Konsens an. In den nächsten Monaten wird die SPD unter Einbeziehung der Öffentlichkeit eine intensive Debatte über ihr bildungspolitisches Programm führen und auf einem Parteitag im Jahr 2007 eine abschließende Entscheidung treffen.

Bildungsganztag:

Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder ausbauen.

Ganzheitliche Bildungsprozesse wollen wir künftig stärker an unseren Schulen verankern. Hierzu werden wir das Programm der Offenen Ganztagschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I ausdehnen. Mit einer schrittweise zu verbessernden Finanzierung durch das Land wollen wir die Voraussetzung für eine höhere Qualität und Verlässlichkeit der außerunterrichtlichen Angebote schaffen.

Eine kind- und jugendgerechte Rhythmisierung von fachlichem Unterricht mit Erholungs- und Bewegungsphasen und eine optimale individuelle Förderung setzen einen Ganztag für alle Schülerinnen und Schüler einer Schule (zumindest aber eines Zuges) voraus. Wir schaffen deshalb die Voraussetzungen dafür, dass Schulen, Schulträger und Jugendämter im Rahmen einer verzahnten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung in einem abgestimmten sozialräumlichen Konzept Ganztagschulen ausbauen können.

Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 Ganztagschulen für 50% der Schülerinnen und Schüler im Bereich der Grundschulen und der Schulen der Sekundarstufe I anzubieten.

Wir werden die positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der Offenen Ganztagschulen für die Entwicklung gemeinsamer Konzepte an den Ganztagschulen nutzen. Die Einbindung von Fachkräften der Jugendhilfe, des Sports und des kulturellen Bereichs muss in allen Bereichen der Schule und ihrer Gremien erfolgen. Im Rahmen ihrer Selbstständigkeit entscheiden die Schulen über alle außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen eigener Finanzbudgets.

Selbstständige Schule:

Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken Bildungslandschaften vor Ort stärken.

Wir wollen, dass die zentralen Entscheidungen zur Gestaltung und Organisation von Lehren und Lernen in den Schulen selbst getroffen werden. Selbstständige Schulen erhalten dazu einerseits klare Zielvorgaben und andererseits weit reichende Gestaltungskompetenzen. Dies ist ein wirksamer Beitrag zur Steigerung der Bildungsqualität.

Das bedeutet konkret: Die Schulen erhalten erweiterte Entscheidungsbefugnisse zur Schulentwicklung. Sie entscheiden eigenständig über den Fortbildungsbedarf ihrer Lehrkräfte. Sie entwickeln klare Führungs- und Verantwortungsstrukturen. Sie verwalten ihre Mittel in Form von Budgets weitgehend selbst. Sie erhalten hilfreiche Rückmeldungen über ihre Arbeit durch eine unabhängige Schulinspektion und durch eigene Evaluation. Auf der anderen Seite sind selbstständige Schulen dann auch Einrichtungen, die selbstbewusst Rechenschaft ablegen und Verantwortung für die Qualität ihrer Arbeit übernehmen können.

Schulen müssen Lehrerinnen und Lehrern ein Arbeitsumfeld bieten, das für Kreativität und Entwicklung sorgt. Dazu gehört ein professionelles Management, das strategische Planung, Qualitätsmanagement, Selbstevaluation und Weiterbildung organisiert und den Dialog mit den Eltern stärkt. Deshalb muss sich die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern in Zukunft nicht an der Unterrichtszeit, sondern an der Anwesenheit in der Schule orientieren. Dazu sind den Lehrerinnen und Lehrern die entsprechenden Arbeitsplätze in den Schulen einzurichten.

Selbstständigkeit muss politisch gewollt und wirksam unterstützt werden. Dazu müssen staatliche Vorgaben auf ihren Kern reduziert und Ressourcen bereitgestellt werden. Wir werden die innerschulischen Verhältnisse wieder demokratisieren. Wir werden durch rechtliche Gestaltung und gezieltes Coaching für Schulleitung und Lehrerräte dafür sorgen, dass in den Schulen bei relevanten Entscheidungen auf Augenhöhe verhandelt werden kann.

Nur selbstbewusste und selbstsichere Schulen, die sich auf die Unterstützung von Land und Kommune verlassen können, sind in der Lage, auch selbstständig zu arbeiten. Land und Kommunen müssen sich zu einer Verantwortungsgemeinschaft vor Ort zusammenschließen. Unser Ziel sind regionale Bildungslandschaften. Sie geben den Schulen Unterstützung für ihre Vorhaben in der Lehrerfortbildung, für die Unterrichtsentwicklung, beim Aufbau von Partnerschaften mit der Wirtschaft und koordinieren die Arbeit mit den Einrichtungen der Jugendhilfe. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, die Bildungsinstitutionen vor Ort mit zu entwickeln und konsequent zu vernetzen, damit die Übergänge abgeflacht und konsistente, institutionenübergreifende Förderwege für Kinder und Jugendliche bis zum lebenslangen Lernen ermöglicht werden.

Lehrerausbildung:

Wir wollen "Pädagogischen Zentren" einrichten.

Die Ergebnisse internationaler und nationaler Bildungsstudien belegen den Reformbedarf unseres Schulsystems und damit auch den der Lehrerausbildung. Lehrerinnen und Lehrer müssen künftig dem Prinzip der individuellen Förderung verpflichtet werden und auf diese Aufgabe durch Aus- und Weiterbildung vorbereitet werden. Jeden Schüler und jede Schülerin zu einem höchstmöglichen Schulabschluss zu führen, ist das Ziel für unsere Lehrerinnen und Lehrer.

Die Umstellung auf gestufte Studiengänge (Bachelor/Master) im Bereich der Lehrerausbildung sollte als Chance gesehen werden, die Lehrerausbildung grundlegend zu verbessern. Auf den Bachelor (Fach-Studium) könnte der „pädagogische Master“ folgen. Trotzdem ist gewährleistet, dass schon im Fach-Studium durch Fachdidaktik, frühzeitige Schulpraktika und Einbindung an Selbstständige Schulen, eine Befähigung zum Lehrerberuf festgestellt werden kann. Gleichwohl sind bei der Umstellung auf Bachelor/Master viele grundsätzliche Fragen ungeklärt (Stichwort Polyvalenz) und bedürfen schneller Antworten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem geplanten Hochschulfreiheitsgesetz ökonomischen Sachzwängen unterworfen werden, die dazu führen, dass nicht lukrative Bereiche wie die Lehrerausbildung an den Rand gedrängt werden.

Wir setzen uns für „Pädagogische Zentren“ an den Universitäten ein, an denen sowohl die methodisch didaktische Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer geleistet wird als auch die Kompetenzen für Berufe in der Elementar- und der Sozialpädagogik vermittelt werden. Wenn alle Pädagogen zumindest eine Zeit zusammen ausgebildet werden, wird auch ein Mentalitätswechsel, im Sinne eines verstärkten Kooperationsgeistes, gefördert.

Vor dem Hintergrund wachsender und sich wandelnder Anforderungen an die Lehrer/innen wird eine ernsthafte Aus-, Fort- und Weiterbildung immer wichtiger. Erfolgreich kann eine Erweiterung bzw. Verbesserung von Aus-, Fort- und Weiterbildung nur sein, wenn dafür zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Ausbildungsverantwortung übernehmen die Schulen in Zusammenarbeit mit regionalen Aus- und Weiterbildungszentren.

Berufsbildung:

Wir wollen die duale berufliche Bildung sichern und Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen.

Trotz der jährlich wiederkehrenden erschreckenden Zahlen unversorgter Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt hat das duale System für uns Zukunft. Ein duales Berufsbildungssystem, bei dem die Wirtschaft betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, ist grundsätzlich das beste Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das zeigt auch der europäische Vergleich.

Das duale Berufsbildungssystem befindet sich aber seit Jahren in einer tiefen Krise, da es nicht in ausreichendem Maße betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

Deshalb ist es eine der dringendsten Aufgaben, insgesamt mehr Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Dazu bedarf es weit größerer Anstrengungen, als sie im

Ausbildungskonsens vereinbart worden sind. Es gilt auch ein höheres Maß an Gerechtigkeit herzustellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrieben, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten.

Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir neben dem dualen System eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige staatlich verantwortete zweite Säule in der Berufsbildung. Dazu wollen wir die Berufskollegs aufwerten und sie zu beruflichen Kompetenzzentren weiterentwickeln, die eine vollzeitqualifizierende Ausbildung sichern. Ergänzt werden muss die vollzeitqualifizierende Ausbildung durch Praxisphasen, die durch örtliche Betriebe oder durch Ausbildungsverbände bereitgestellt werden. Ein berufliches Kompetenzzentrum ist deshalb nicht nur eine „Schule“ im herkömmlichen Sinne, sondern ein Netzwerk unterschiedlicher Träger der Berufsausbildung.

Wir wollen das Berufsbildungssystem noch stärker als bisher zu einem gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem alle schulischen Abschlüsse erworben werden können. Eine berufliche Oberstufe muss und kann stärker als bisher als Alternative zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe profiliert werden.

Unser Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger werden, auch in der beruflichen Bildung. Das bedeutet, dass wir die starre Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überwinden müssen.

Die Diskussion um einen Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen wollen wir daher nutzen, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Systemen und Bildungsbereichen zu erhöhen. Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der Abschlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-Abschlüssen. So leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

Mehr Durchlässigkeit bedeutet für uns auch, dass wir stärker als bisher erbrachte Einzelleistungen wie berufsvorbereitende Maßnahmen oder Einstiegsqualifizierungen zertifizieren und sie auf eine folgende Berufsausbildung anrechnen.

Gleiches gilt für die erbrachten Leistungen von Ausbildungsabbrechern. Jeder soll eine zweite Chance bekommen, seine Ausbildung zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung, aber auch Berufsfachschulen wie die Handelsschule oder sogar vollzeitqualifizierende Berufsausbildungsgänge dürfen nicht zu Warteschleifen werden. Unser Ziel ist es, dass die in den vollzeitqualifizierenden Bildungsgängen verbrachte Zeit zumindest teilweise auf Ausbildungszeiten angerechnet wird bzw. zur Teilnahme auch einer außerschulischen Berufsabschlussprüfung berechtigt.

Weiterbildung:

Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen.

In Wissenschaft und Politik unbestritten ist, dass – auch vor dem Hintergrund längerer Lebensarbeitszeiten – Weiterbildung im Rahmen des lebenslangen Lernens für den Einzelnen und die Gesellschaft immer bedeutsamer wird. Die Beteiligung an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung ist seit 1997 in Deutschland allerdings wieder rückläufig. Gleiches gilt seit 2001 für die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Weiterbildung.

Dementsprechend muss darüber nachgedacht werden, welche gesetzlichen und finanziellen Beiträge Bund, Länder und Kommunen leisten müssen, damit Weiterbildung öffentliche Aufgabe bleibt und um die Weiterbildungsbeteiligung wieder zu erhöhen – gerade von Menschen mit Bildungsbenachteiligungen und/oder Migrationshintergrund. Insbesondere muss darüber nachgedacht werden, wie die Politische Bildung als bedeutender Teil öffentlich geförderter Weiterbildung auch zukünftig institutionell abgesichert bzw. gefördert wird.

Die Bildungsbereiche Kita/Schule, Ausbildung/Studium und Weiterbildung sind stark voneinander isoliert und – auch wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten von staatlichen Ebenen – nicht auf Kooperation mit dem Ziel der Entwicklung eines Systems lebenslangen Lernens ausgerichtet.

Unter der Federführung der Kommunen mit ihren Volkshochschulen sollte deshalb unter Beteiligung aller (weiter-)bildungsrelevanten Akteure im Zuge der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften ein System lebenslangen Lernens mit Angebotstransparenz und Übergangmanagement zwischen den Bildungsbereichen etabliert und finanziert werden.

In einem ersten Schritt muss eine systematische und nachhaltige lokale Kooperationskultur zwischen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen entwickelt werden, um Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig zum lebenslangen Lernen zu motivieren.

Perspektivisch muss es auch gelingen, die Hochschulen - als Träger der wissenschaftlichen Weiterbildung - besser in ein System lebenslangen Lernens einzubinden.

III.

Städte brauchen soziale Stabilität

„Die Städte sind Orte, in denen die meisten Menschen unseres Landes leben, in denen sich das soziale Leben entfaltet, in denen die Menschen arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Die Städte sind die Kristallisationspunkte unseres kulturellen Lebens, Knotenpunkte des Handels, der Dienstleistungen und die Standorte der Wirtschaft. Die Städte sind Orte der Kommunikation und der Integration. Städte stiften Identität. Ohne die Städte sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig.“ (Deutscher Städtetag)

Die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens mit seinen Chancen und Risiken und der rasante wirtschaftliche und soziale Wandel konkretisieren sich alltäglich in den Städten unseres Landes. Entscheidungen anderer staatlicher Ebenen werden dort unmittelbar spürbar. Trotzdem verfügen die Städte sowohl politisch als auch administrativ oft nicht über ausreichende Instrumente, um mit diesen Entscheidungen bzw. deren Konsequenzen sinnvoll umzugehen. Ein Beispiel dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen.

Soziale Stabilität in unseren Städten ist nicht alles - aber ohne sie ist auf Dauer alles nichts. Das Soziale ist für uns in diesem Zusammenhang nicht nur Sozialpolitik im engeren Sinne. Es umfasst alles, was den Bürgern Zugang zu gleichen Lebenschancen eröffnet – oder auch verschließt.

Die Herausforderung, soziale Stabilität in unseren Städten herzustellen bzw. zu gewährleisten ist eine Querschnittsaufgabe. Wirtschaftspolitik wie Umweltpolitik, Bildungspolitik wie Wohnungspolitik und Integrationspolitik müssen in unterschiedlicher Weise diese Dimension berücksichtigen.

Das ist nicht nur im Interesse jener, die von Sozialpolitik und von sozialen Leistungen profitieren. Es ist die Umsetzung und Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips auf kommunaler Ebene und so wesentlicher Teil einer zukunftsorientierten Politik.

Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahrzehnten den Blick auf diese Aspekte gelenkt. In NRW ist das Handlungskonzept für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf entstanden. Daraus wurde auf Bundesebene das Programm „Soziale Stadt“. Diese Ansätze wollen wir fortsetzen.

Dabei räumen wir ein, dass in einigen Stadtteilen bestenfalls eine Stabilisierung erreicht worden ist. Von einer Revitalisierung kann aber in vielen Quartieren kaum die Rede sein.

Deshalb müssen die vorhandenen Programme und Instrumente daraufhin überprüft werden, wie zielgenau sie in der Vergangenheit gewesen sind, ob sie angepasst, neu formuliert oder verändert werden müssen.

„Denn der Problemdruck in unseren Städten wird verstärkt durch das Zusammentreffen ethnischer, demografischer und sozialer Segregation: wo die meisten Zuwanderer leben, leben die meisten Kinder, und dort ist die Armut am größten.“ (Strohmeier 2006)

Im Bild der Wohnquartiere wird deutlich, wer vom Wandel profitiert und wer nicht.

Auch in deutschen Städten gehören Armutsinseln und ethnisch geprägte Nachbarschaften längst zur Realität. Dabei hat die sozialräumliche Differenzierung in den letzten Jahren noch zugenommen - zwischen Städten, Regionen und Stadtteilen.

- Geringe Wahlbeteiligung, relativ hohe Stimmenanteile vor allem rechtsextremer Parteien sind Ausweis für das geringe Vertrauen der Menschen in die demokratischen Strukturen unseres Staates.
- In besonders belasteten Stadtquartieren leben die EinwohnerInnen mit den geringsten Einkommen, den schlechteren Bildungsabschlüssen, die Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen. In vielen Städten wächst in diesen Sozialräumen beinahe die Hälfte der Kinder einer Stadt auf. Schulen und Bildungseinrichtungen in einer Stadt differenzieren sich immer weiter aus. Auch in deutschen Städten gibt es schon sog. "schwarze Schulen", in denen sich die Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft konzentrieren.
- Die Abschaffung der Schulbezirke wird diese Tendenz weiter verstärken.
- In NRW verändert sich die Bevölkerungszahl und -struktur allmählich, aber regional sehr unterschiedlich. Insbesondere die Städte des Ruhrgebiets werden noch erhebliche Einwohnerverluste verkraften müssen. Es bleiben die Einwohner, die nicht mobil sind, nicht über die finanziellen Mittel verfügen oder die älteren Einwohner. Während in den eher ländlich geprägten Regionen und im Ballungsrand tendenziell mehr Familien leben, die über bessere finanzielle Mittel verfügen.

Welche Auswirkungen der demografische Wandel gesamtgesellschaftlich hat, ist zwar vielfältig untersucht worden. Die konkreten Auswirkungen vor Ort, in den Kommunen und Stadtteilen und der notwendige Anpassungsbedarf sind allerdings nach wie vor unklar. Wir halten deshalb z.B. einen Masterplan für ein älter werdendes Ruhrgebiet für zwingend erforderlich.

- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird vor allem in den Städten wachsen. In 10 Jahren hat jedes dritte Kind in NRW einen Migrationshintergrund. Bereits heute leben in manchen Sozialräumen bis zu 50% Migranten. Die Zahl solcher Quartiere wird weiter zunehmen.
- Die in den Kernstädten lebende, zumeist ältere deutsche Wohnbevölkerung empfindet die Konfrontation mit fremden Kulturen und Sprachen oft eher als Bedrohung statt als Bereicherung.

- Der Zugang zur Infrastruktur, insbesondere zur Bildungsinfrastruktur, ist in den Stadtteilen einzelner Städte sehr unterschiedlich. Ebenso wie die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren.
- Kinder, die in benachteiligten Stadtteilen aufwachsen, haben oft keine Aussicht auf einen Bildungsabschluss und eine Berufsausbildung. Sie wachsen in Sozialräumen auf, in denen der Bezug von staatlichen Transferleistungen in der dritten Generation keine Seltenheit ist.

Strategien für die Zukunft

Neue Strategien sind notwendig bzw. müssen die bisherigen Strategien so verändert werden, dass diese Stadtteile eine Zukunft haben.

Ein Erfolg dieses Weges ist von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Ein Scheitern dürfte die Spaltung der Gesellschaft in den Städten und Stadtteilen noch dramatischer werden lassen.

Grundlage planvollen Handelns sind Informationen. Gerade um den unterschiedlichen Problemstellungen gerecht zu werden, benötigen wir dazu vergleichbare Kriterien, um Veränderungen der Situation zu beurteilen. Wir brauchen einen kontinuierlichen gemeinsamen Erfahrungsaustausch der Träger dieser Prozesse und eine effiziente Koordinierung der Arbeit, die das Stadtteil- und Quartiersmanagement sowie ein zielgerichtetes und abgestimmtes Vorgehen der Verwaltungen einschließt.

Zum Standard der Kommunalpolitik muss deshalb die regelmäßige Erhebung von Sozialdaten ebenso werden, wie die öffentliche Diskussion über deren Ergebnisse. Darauf zu verzichten, aus Angst vor unangenehmen Wahrheiten, wäre auf Dauer fatal für die sozialräumliche Entwicklung unserer Städte.

Initiative fördern – Eigeninitiative fordern

Der grundlegende Ansatz für Sozialdemokraten ist die Hilfe zur Selbsthilfe oder "Fördern und Fordern". Wir stehen dazu, dass es sinnvoll und notwendig ist, von Empfängern staatlicher Transferleistungen – wo möglich - Eigeninitiative zu erwarten, Eigeninitiative, die den Bezug dieser Transferleistungen auf Dauer überflüssig machen kann.

Insbesondere für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf sehen wir in einem Quartiersmanagement eine Maßnahme, die grundsätzlich geeignet ist, den wachsenden Segregationstendenzen in den Stadtteilen entgegenzuwirken und diese Stadtteile zu stabilisieren. Mit dem Quartiersmanagement werden Revitalisierungsprozesse angestoßen, integrative Maßnahmenkonzepte erarbeitet und umgesetzt, sowie lokale Selbstorganisationskräfte mobilisiert. Die ressortübergreifende Kombination von Förderprogrammen, die stärkere Berücksichtigung nichtinvestiver Ansätze und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen dienen dazu, vorhandene Ressourcen für eine nachhaltige, integrierte Stadtteilentwicklung zu bündeln.

Inhaltlich richten sich die Quartiersverfahren auf die Verbesserung individueller Lebenschancen (Bildung und Ausbildung), die Förderung der Integration in die Mehrheitsgesellschaft (Erwerbsarbeit und Sprachbefähigung), die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner für ihr Quartier (Bürgerhaushalt und Empowerment) sowie die Bindung sozial stabilisierender Bewohnergruppen an die Quartiere. Die Verbesserung der baulichen Wohnbedingungen und Lebenssituationen stellt einen wichtigen Baustein dar.

Eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Verantwortung für ihren Stadtteil ist ein Ziel, das sich nicht nur auf die so genannten Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf bezieht. Die Bedingungen dafür müssen in der ganzen Stadt verbessert werden. Dabei eignen sich auf Dauer angelegte Infrastruktureinrichtungen wie Nachbarschaftshäuser, Selbsthilfekontaktstellen und Stadtteilzentren in besonderer Weise, weil Bürger und Bürgerinnen hier unmittelbar selbst etwas für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen tun können und dafür die notwendige Hilfestellung bekommen. Die Aktivierungsansätze des Quartiermanagements können dadurch verstetigt werden, dass in den entsprechenden Gebieten solche Einrichtungen entstehen, bzw. in Konzepte des Quartiermanagements eingebunden werden.

Die soziale Stabilisierung von Stadtteilen und zwar nicht nur derjenigen, die heute schon als benachteiligt gelten, muss stärker als vordringliche öffentliche Aufgabe erkannt werden. Dabei geht es darum, Leitmotive zu formulieren und Schwerpunkte zu bilden. Diese Leitmotive können z.B. die familienfreundliche Stadt sein – wie in Gelsenkirchen, die kinderfreundliche Stadt - wie in Essen, die Gesundheitsstadt - oder der Kampf gegen Kinderarmut - wie in Dormagen.

Das Spektrum möglicher Leitbilder ist vielfältig – eines ist allen gemeinsam: Sie müssen ansetzen an der konkreten Lebenssituation der Bevölkerung in den jeweiligen Städten.

Schwerpunkte: Bildung und Familie.

Stadtplanungs- und Wohnungspolitik müssen sehr viel stärker die Bedürfnisse von Kindern und Familien berücksichtigen. Die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ist für sozial stabile Bevölkerungsgruppen ein entscheidendes Kriterium zu kommen, zu bleiben oder zu gehen.

Die Kinder- und Familienfreundlichkeit einer Stadt stellt einen entscheidenden Standortfaktor dar. Alle städtischen Einrichtungen sind in diesem Kontext als Dienstleistungsangebote für die Familien in einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Stadt und Eltern zu verstehen. Die städtischen Einrichtungen betreuen „nicht nur“ Kinder und Jugendliche, sie unterstützen und beraten auch die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe. In diesem Kontext muss soziale Stadtentwicklungspolitik dafür Sorge tragen, dass weitere Plätze für unter Dreijährige und altersübergreifende Einrichtungen geschaffen werden. Programme und Maßnahmen der Frühförderung und der interkulturellen Erziehung sowie der Integration gehören zum pädagogischen Standard jeder Einrichtung.

In den Städten und Ballungszentren verfügen Eltern heute oftmals über kein familiäres Umfeld von Großeltern oder Tanten und Onkeln, auf das sie in Krisenfällen oder auch zur Unterstützung in der Kinderbetreuung im Alltag zurückgreifen können. Eine Tatsache, die umgekehrt auch auf die älteren Mitmenschen zutrifft, die oft keine Kinder oder Enkel in ihrem Lebensumfeld haben. Daher ist es umso wichtiger ein Wohnumfeld mit informellen

und formellen Treff- und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, damit selbstorganisierte Netzwerke gemeinsam mit professioneller Unterstützung zum Beispiel Schulaufgabenbetreuung, Seniorenhilfen, Elterncafés oder Babysitting organisieren und durchführen.

Kinder sind leider nach wie vor ein Armutsrisiko. Schnell geraten Familien durch den Ausfall eines Erwerbstätigen, wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder psychischer Konflikte an die Armutsgrenze. Frühe Hilfen für Familien reduzieren erfahrungsgemäß Fehlentwicklungen mit hohen Folgekosten in späteren Jahren. Insofern müssen wir einerseits kommunale Angebote wie zum Beispiel die Schuldnerberatungsstellen und andererseits das private Netz von Sozialhilfeangeboten wie Nachbarschaftshilfen oder Bewohnertreffs ausbauen.

Bereits 2001 hat das damals zuständige Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie der SPD-geführten Landesregierung an sechs Standorten im Land (Bielefeld, Dortmund, Emmerich, Herne, Kreis Siegen-Wittgenstein, Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW/Ortsverband Essen) Modellversuche für ein soziales Frühwarnsystem durchgeführt, evaluiert und die Ergebnisse öffentlich präsentiert. In diesen Projekten ist überprüft worden, inwiefern bereits bestehende, präventiv angelegte und auf Partizipation, Qualität und Sozialraumorientierung setzende soziale Hilfestellungen gebündelt werden können. Es sind Maßnahmenkataloge erarbeitet worden, um Hilfe und Unterstützung zu gewährleisten, wenn die eigenen Ressourcen der Sozialraumes, der Gruppe oder der Kinder überfordert sind. Dieses Modellprojekt muss ausgebaut und weiterentwickelt sowie in den Kommunen flächendeckend umgesetzt werden.

Gerade dort, wo ältere Menschen und Familien wohnen, wird die „Stadt der kurzen Wege“ zum Paradigma eines funktionierenden Stadtteils. Stadtteile brauchen ein gut ausgestattetes und vielfältiges Einzelhandelsangebot - auch unter dem Gesichtspunkt der ethnischen Ökonomie - vor Ort, das für jeden erreichbar und für Jung und Alt sowie Singles und Familien gleichermaßen attraktiv ist.

Unsere Stadtteile werden ihr Gesicht in den nächsten Jahrzehnten verändern. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren wird weiter zunehmen. Der demographische Wandel ist insbesondere eine Herausforderung für die Städte, da sie Maßnahmen einleiten müssen, um den Verbleib älter werdender Menschen in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern. Städte müssen die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren bei Neubauten und Verkehrsbauten und die Wünsche älterer Menschen bei der Verlegung von Bus- und Tramlinien noch stärker berücksichtigen. Ebenso muss die Koordinierung und Vernetzung von Seniorenangeboten sowie Angebote für die Zusammenarbeit von Alt und Jung im Stadtteil weiter ausgebaut und Selbsthilfegruppen für Seniorinnen und Senioren stärker gefördert werden. Eine besondere Rolle müssen zukünftig die ambulanten sozialen Dienste leisten, die weiter gestärkt werden müssen, um mit regelmäßigen Besuchen den Kontakt zu älteren Menschen aufzubauen und zu halten.

Wohnungspolitik muss sich anpassen

Nach wie vor kommt der sozialen Wohnraumförderung eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft zu. Insbesondere in den Ballungszentren gibt es immer noch viele wohnungssuchende Haushalte, die auch künftig auf Hilfe angewiesen sind. Gerade kinderreiche Haushalte, ausländische Haushalte und Haushalte mit geringem Einkommen haben oftmals erhebliche Nachteile bei der Suche nach angemessenem Wohnraum. Und der öffentlich finanzierte Wohnungsbau hilft wesentlich dabei, dass das Wohnen bezahlbar und sicher bleibt. Auch die Verbreitung von Qualitätsstandards wie zum Beispiel die Barrierefreiheit, die Anbindung von Wohnstandorten an den ÖPNV oder die Verbesserung energiesparenden oder ökologischen Bauens und Wohnens erfolgt in besonderer Weise durch den sozialen Wohnungsbau.

Das Angebot preiswerten Wohnraumes in Städten steigert die Attraktivität und fördert die Innenentwicklung vor der Außenentwicklung von Städten.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss sich der soziale Wohnungsbau verstärkt der Zielgruppe älterer Menschen durch Modernisierung und Umbau des Bestandes zuwenden. Aber auch der Neubau barrierefreier Wohnungen mit ergänzenden, ambulanten Angeboten sowie Service- und Sicherheitsleistungen und die Erstellung kleinteiliger Wohnanlagen für ältere Bewohner mit Pflegebedarf sind notwendig.

Hier kann der öffentlich geförderte Wohnungsbau maßgeblich helfen, die vorhandenen Engpässe am Wohnungsmarkt für ältere Menschen zu beseitigen und Ihnen ein längstmögliches, selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden bieten.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt sind Allianzen gegen den Ausverkauf preisgünstiger Mietwohnbestände notwendig. Zwar ist die Privatisierung der Bestände über sozialverträgliche Mieterprivatisierung durchaus vertretbar und stärkt gleichzeitig auch die jeweiligen Wohnbestände, wenn man ein steigendes Engagement der Käufer unterstellt. Aber die drohenden Privatverkäufe an private equity Fonds bergen auch die Gefahr der Spekulation und der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern. Wir müssen überforderten Nachbarschaften beistehen und solidarische Nachbarschaften fördern.

Parallel dazu steigt das Risiko, dass die mit Hartz IV verbundenen Umzüge (in „angemessen große Wohnungen“) zu einer weiteren Konzentration von sozial Benachteiligten in Wohngebieten führen.

Schule als zentraler Ort

Eine sozialraumorientierte Bildungsförderung ist vor allem in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf unabdingbar. Wir haben die Selbstständigkeit der Schulen stets gefördert und werden diesen Prozess auch weiter forcieren. Diese Selbstständigkeit der Schulen birgt auch Pflichten. Die selbstständige Schule im Stadtteil ist als Lebens- und Lernort nicht nur für Kinder und Jugendliche zu stärken. Angebote wie Mütter- oder Elternkurse sowie Aulen als Orte nachbarschaftlicher Veranstaltungen sind nur einige Beispiele. Die selbstständige Schule muss sich ihrer Verantwortung im sozialen Gefüge ihres Stadtteils bewusst werden und

Bildungspartnerschaften zwischen allen Akteuren im Stadtteil - insbesondere zwischen Schule und Jugendhilfe sowie Schule und lokaler Wirtschaft - initiieren. Alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen entwickeln gemeinsame sozialraumbezogene Leitbilder und strategische Ziele.

Die Verbesserung von Bildungschancen und die Erhöhung des Qualifikationsniveaus von Einwanderern ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Schulen, vor allem Ganztagschulen, müssen mit ihren Angeboten in die Stadtquartiere unter Einbindung der relevanten Akteure vor Ort hinein wirken und sich als Plätze des Dialogs zwischen den Kulturen und Menschen unterschiedlicher Herkunft verstehen. So können Schulen in Kooperation mit Kitas, Volkshochschulen usw. für Eltern Sprachangebote, wie zum Beispiel das "Rucksackprojekt", anbieten und bedarfsgerecht ausbauen. Denn die Erfahrungen zeigen uns, dass die Schulen jene staatlichen Akteure sind, die den Kontakt zu Einwandererfamilien der ersten, zweiten und dritten Generation am besten herstellen können. Somit kommt der Schule eine exponierte Rolle in der Integrationspolitik zu.

- In sozial benachteiligten Stadtteilen müssen Schulen, KiTas und Familienhilfen gezielt gefördert werden. Gut ausgestattete Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind besser in der Lage mit multi-ethnischen Gruppen umzugehen.
- Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe und muss deshalb im Mittelpunkt auch der stadtteilorientierten Politik stehen. Nur so können wir ein Abdriften der Wohnquartiere und Stadtteile verhindern.

Wie können bildungsfördernde Milieus geschaffen bzw. unterstützt werden? Welche landespolitische Strategie ist erforderlich, welche Arbeitseilung mit den Kommunen, um Kindern aus bislang bildungsfernen Schichten gerade in diesen Stadtteilen eine gerechte Startchance zu garantieren? Das sind für uns zentrale Fragen.

Integration: Ein Prozess auf Gegenseitigkeit.

Integrationserfolge und Misserfolge werden in unseren Städten und Gemeinden sichtbar. Kommunen leisten einen wichtigen Beitrag, damit Integration gelingen kann. Kommunalpolitik sollte deshalb fachübergreifende Integrationskonzepte entwickeln, bei denen das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure, der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, ehrenamtlicher Organisationen, der örtlichen Wirtschaft, der Bildungsträger etc. moderiert und koordiniert wird.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in all ihren Formen zu bekämpfen.

Wir erwarten allerdings von Einwanderern, dass sie sich aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben beteiligen und ihren Beitrag zur Integration leisten. Und wir erwarten, dass sich Einwanderer an die Normen des Grundgesetzes halten. Das Grundgesetz bietet genügend Raum für kulturelle Vielfalt, es sichert die Freiheit des Glaubens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Rechte von Minderheiten.

Die Realität von Parallelgesellschaften müssen wir zur Kenntnis nehmen, auf Dauer akzeptieren werden wir sie nicht.

Integration funktioniert nicht automatisch, wie viele lange gehofft und geglaubt haben. Dieser Prozess verlangt im Gegenteil von beiden Seiten gleichermaßen ein hohes Maß an Bereitschaft, sich auf diesen Prozess auch einzulassen.

Er verlangt verbindliche Absprachen von Migranten einerseits aber auch der Gesellschaft andererseits. In den Kommunen müssen überprüfbare Ziele der Integrationspolitik formuliert werden, deren Einhaltung dann verbindlich abgesichert wird.

Sprachförderung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, die grundlegende Voraussetzung für Integration.

Die Sprachförderung muss verschiedene Ziele verfolgen. Im Zentrum der Anstrengungen muss natürlich die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse als Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer stehen. Dazu muss neben dem Deutschunterricht und speziellen Sprachförderangeboten auch die Förderung der deutschen Sprache als Querschnittsaufgabe des Unterrichts in allen Fächern umgesetzt werden.

Für die kognitive Entwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund ist jedoch auch die Förderung der jeweiligen Muttersprache wichtig. Deshalb bedarf es eines differenzierten Angebots an muttersprachlicher Förderung, vor allem im Elementar- und Primarbereich. Auch diese Förderung dient mittelfristig dem Erwerb der deutschen Sprache, weil so verhindert wird, dass Kinder weder die Muttersprache noch die Zweitsprache richtig beherrschen.

Schließlich darf die Frage des Spracherwerbs nicht allein unter dem Blickwinkel eines zu behebenden Defizits gesehen werden. Bilingualität ist eine genuine Kompetenz von Migrantinnen und Migranten und kann so bei der Integration von Migrantinnen und Migranten eine wichtige Rolle spielen.

In der DESI Untersuchung wurde bei den Schulleistungen im Fach Deutsch erstmals festgestellt: Die Kinder liegen am weitesten zurück, in deren Elternhaus kein Deutsch

gesprochen wird. Mehrsprachig aufgewachsene Jugendliche zeigten dagegen deutlich bessere Ergebnisse. Erstmals konnten die Wissenschaftler nachweisen, dass Kindern, die bereits Deutsch als zweite, beziehungsweise fremde Sprache erworben haben, das Erlernen der Fremdsprache Englisch vergleichsweise leichter fällt.

Vor diesem Hintergrund ist ein differenziertes Konzept zu entwickeln und umzusetzen, das Muttersprache, Deutsch als Zweitsprache und Fremdspracherwerb zueinander ins Verhältnis setzt und geeignete pädagogische Maßnahmen erarbeitet.

Darüber hinaus darf auch die Sprachförderung der schon erwachsenen Migrantinnen und Migranten nicht vernachlässigt werden. Die Aneignung der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung zur Beseitigung sozialer Benachteiligungen und zum Erreichen schulischer, beruflicher und gesellschaftlicher Erfolge. Es muss deshalb Angebote geben, die alle Migrantinnen und Migranten erreichen.

Aufbauend auf die bereits bestehende Infrastruktur der Sprach- und Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz müssen vor allem zielgruppenspezifische Angebote für die schon länger hier Lebenden ausgebaut werden. Ein erfolgreiches Modell der Sprachförderung für Frauen sind beispielsweise die Rucksack- und Huckepack-Kurse der RAA. Hier lernen Mütter in Verbindung mit den Lerninhalten ihrer Kinder in den Kindertageseinrichtungen die deutsche Sprache und werden in ihrer Elternrolle unterstützt.

- Migranten haben bislang nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten an der Stadtpolitik teilzunehmen. Alle Beteiligungsstrategien sind bislang nur eingeschränkt erfolgreich gewesen und müssen auf den Prüfstand.
- Andererseits gibt es ermutigende Beispiele z.B. in Dortmund und Duisburg, wo sich Migranten sehr offensiv und phantasievoll mit der Situation in ihren Stadtteilen auseinandersetzen. Auch hier liegen Chancen, die dem gängigen Vorurteil von permanenter Abschottung widersprechen. Chancen, die wir nicht ungenutzt lassen sollten.

Die städtischen Angebote im sozialen, kulturellen, sportlichen oder gesundheitlichen Bereich müssen sich stärker den Belangen der älteren Migrantinnen und Migranten öffnen.

Die soziale Stadt braucht Kultur

Kulturelle Institutionen sind Marksteine einer Stadt in ihrem kulturellen Profil und ihrer Wahrnehmung nach Innen und im Wettbewerb der Städte.

Die Teilhabe an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen, ausgestalten und diese anderen vermitteln. Die Kultur ist somit ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein gewichtiger Faktor auf dem Weg zu einer integrativen Gesellschaft.

Die zunehmende internationale Zusammensetzung und kulturelle Vielfalt der Bevölkerung unserer Städte erfordert eine stärkere interkulturelle Orientierung der kulturellen Einrichtungen und Infrastrukturen sowie eine Veränderung der Angebotsstrukturen. Der interkulturelle Dialog ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Subjektives Sicherheitsempfinden und objektive Sicherheitslage sind auch in benachteiligten Stadtteilen selten deckungsgleich.

Gerade deshalb müssen wir die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen und uns dafür einsetzen, dass der eigene Wohn- und Lebensort als sichere Heimat und Zuhause empfunden werden kann. Viele Menschen fühlen sich durch Kriminalität, Vandalismus und lautstarkes Auftreten kleiner Minderheiten im öffentlichen Raum bedroht.

Vor allem die wachsende Zahl älterer Menschen ist durch die empfundene Bedrohung in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Identifikation mit dem Stadtteil schafft Engagement, welches wiederum erheblich zur Sicherheit beiträgt. Eine Strategie, die Verstöße toleriert oder verharmlost, kann nicht erfolgreich sein und verstärkt die Entfremdung der Menschen mit unserer Gesellschaft.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten ist die Situation der Städte im Detail oft nur schwer vergleichbar. Jede Stadt hat Probleme, aber jede Stadt hat auch ihre Stärken und Attraktivität, die sie für die Menschen lebenswert macht. Jede Stadt muss ihre eigene Strategie zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben suchen, ihr eigenes Leitmotiv in der Stadtpolitik finden.